

Eva Kleemann

Referentin für klimakompatible Finanzflüsse

Germanwatch e.V.

Tel.: +49 (0)30 577132-845

eva.kleemann@germanwatch.org

Berlin, den 21. Juli 2025

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der Fassung der Änderungsrichtlinie (EU) 2025/794.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen das Ziel, durch die Umsetzung der Richtlinie Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen. Der nun angestoßene Gesetzgebungsprozess kommt jedoch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt und verstärkt die Verunsicherung, die bereits durch das langwierige EU-Omnibus-Verfahren entstanden ist. Unternehmen müssen nun während laufender Berichtszyklen gleichzeitig nationale und europäische Entwicklungen beobachten und ihre Prozesse anpassen. Dies führt zu dem bürokratischen Mehraufwand, den der Omnibus, zu dem Sie Ihre Unterstützung äußern, eigentlich verhindern sollte. Die Bundesregierung hätte die Richtlinie frühzeitig und zügig umsetzen müssen, um Unternehmen, die erstmals berichten oder ihre Prozesse von NFRD- auf CSRD-Berichterstattung umstellen, verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten.

Wir möchten zudem unser starkes Unbehagen hinsichtlich der sehr knapp bemessenen Frist für die Verbändeanhörung ausdrücken. Es ist wichtig, dass Akteuren ausreichend Zeit für eine Stellungnahme gegeben wird, um zu einem wirkungsorientierten Rechtsrahmen beizutragen.

Im Folgenden nutzen wir die Gelegenheit, um in unserer Stellungnahme fünf zentrale Empfehlungen zu formulieren:

1. Verzicht auf die europarechtswidrige Anhebung der CSRD-Schwellenwerte auf 1.000 Beschäftigte;
2. Nutzung des Mitgliedsstaatenwahlrechts zur Zulassung weiterer unabhängiger Prüfer:innen;
3. Einbeziehung kapitalmarktorientierter öffentlicher Förderbanken;
4. Anpassung des § 342q HGB zur Weiterentwicklung des Standardsetzungsprozesses.

Unterstehend finden Sie die detaillierten Begründungen zu diesen Punkten:

1. Verzicht auf die europarechtswidrige Anhebung der CSRD-Schwellenwerte auf 1.000 Beschäftigte

Empfehlung:

Der vorgeschlagene Schwellenwert von 1.000 Mitarbeitenden ist europarechtlich rechtswidrig. Das Bundesjustizministerium sollte entsprechend **auf die mit diesem Gesetzesentwurf vorgesehenen Ausnahme für Unternehmen mit 501 bis 1.000 Mitarbeitenden verzichten**. Der geltende Schwellenwert der CSRD-Richtlinie ist rechtsverbindlich und sollte vollumfänglich in deutsches Recht überführt werden.

Hintergrund:

Die CSRD wurde auf EU-Ebene verhandelt und beschlossen. Die Bundesregierung muss verlässlicher Partner der EU und der Unternehmen bleiben und das CSRD-UG entsprechend verabschieden. Das Bundesjustizministerium möchte einen Schwellenwert von 1.000 Mitarbeitenden insbesondere für Unternehmen der ersten Welle umsetzen, der lediglich auf einem nicht rechtsverbindlichen Vorschlag der EU-Kommission beruht. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Vorgaben der CSRD-Richtlinie, die hiermit in nationales Recht überführt werden soll. Das Vorgehen widerspricht außerdem der anvisierten 1:1-Umsetzung der Richtlinie. In zahlreichen EU-Mitgliedstaaten, in denen die CSRD bereits umgesetzt wurde, berichten vergleichbare Unternehmen bereits seit dem Geschäftsjahr 2024. Die deutsche Sonderregelung würde somit zu einer Fragmentierung und zu einer Ungleichbehandlung im europäischen Wettbewerb führen.

Die geplante Ausnahme ist nicht nur europarechtswidrig, sondern beruht auch auf einer Fehlinterpretation der unternehmerischen Realität: Die betroffenen Unternehmen sind keineswegs Neueinsteiger in die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie unterlagen bereits der NFRD und verfügen über etablierte Berichts- und Managementprozesse. Viele dieser Unternehmen haben ihre Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2024 – trotz fehlender nationaler Umsetzung der CSRD – bereits an den Europäischen Standards (ESRS) ausgerichtet und teilweise extern prüfen lassen. Eine aktuelle Studie¹ von DRSC und Deloitte zeigt, dass 95 % der analysierten Unternehmen die Berichterstattung vollumfänglich oder zumindest in Anlehnung an die ESRS umgesetzt haben. Damit ist ein zentrales Element der CSRD in diesem Anwendungskreis bereits breit etabliert.

¹ https://www.drsc.de/app/uploads/2025/05/20250515_Praxis-der-Nachhaltigkeitsberichterstattung-2024_DRSC_Deloitte.pdf

Eine temporäre Ausnahme bringt daher weder einen spürbaren administrativen Entlastungseffekt – da die relevanten Daten für die laufende Berichterstattung ohnehin erhoben wurden und werden – noch trägt sie zu Planungs- oder Rechtssicherheit bei. Im Gegenteil: Der plötzliche Ausschluss aus dem Geltungsbereich erschwert etablierte Prozesse, erschüttert das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und widerspricht dem Ziel des Omnibus-Prozesses, die Umsetzung der CSRD effizienter zu gestalten.

Empfehlung:

Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen des Omnibus-Verfahrens **gegen die Anhebung der Schwellenwerte** aussprechen, damit die für die Transformation nötigen **Daten mittelständischer Unternehmen weiterhin verfügbar bleiben**.

Hintergrund:

In Zeiten steigender nachhaltigkeitsbezogener Risiken, in der die Transformation der Wirtschaft drängt, sendet die unbegründete und überhastete Anhebung von Schwellenwerten falsche Signale. Die Ausnahme vieler mittelständischer Unternehmen von der Berichtspflicht führt zu einem Mangel an verlässlichen und standardisierten Daten, die benötigt werden, um Investitionen in zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu lenken. Gleichzeitig zeigen Erfahrungen, dass praxisnahe und nutzerorientierte Standards auch für kleinere Unternehmen umsetzbar sind. Dabei sollte auch der transformatorische Effekt der Berichtspflichten nicht außer Acht gelassen werden. Die Berichterstattung ermöglicht es Unternehmen, sich systematisch mit den für sie relevanten Nachhaltigkeitsthemen zu befassen, Risiken und Chancen zu erkennen und entsprechende Maßnahmen und Ziele abzuleiten. Sie schafft die Basis dafür, strategisch zu steuern, bevor spätere ordnungsrechtliche Eingriffe und Klimawandelfolgen gravierender ausfallen.

2. Nutzung des Mitgliedsstaatenwahlrechts zur Zulassung weiterer unabhängiger Prüfer:innen

Empfehlung:

Die Bundesregierung sollte von ihrem Mitgliedsstaatenwahlrecht gemäß Artikel 34 Abs. 4 der Bilanzrichtlinie Gebrauch machen und **auch weitere, u.a. zugelassene Umweltgutachter:innen, als unabhängige Dienstleister bei der Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten zulassen**.

Hintergrund:

Mit der CSRD beginnt in der europäischen Union eine neue Ära der Berichterstattung, die den Anforderungen in Zeiten einer Transformation unter Zeitdruck adressiert. Sie benötigt neue Perspektiven sowie im Controlling und in der Prüfung neue Kompetenzen und Erfahrungen. Eine Einschränkung des Prüfer:innenmarktes durch die ausschließliche Zulassung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ist vor diesem Hintergrund die falsche Herangehensweise.

Jedem Unternehmen steht weiterhin offen, nur mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zusammenzuarbeiten und so Finanz- und Nachhaltigkeitsthemen gleichzeitig prüfen zu lassen. Jedoch kann es bei komplexen Themenfeldern nötig und wünschenswert sein, von der Fachexpertise, dem klareren Blick und einer strategischen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Prüfinstanzen zu profitieren und genau damit auch unangemessenen Rückfragen und Anforderungen von Prüfer:innen entgegenzuwirken, die derzeit teilweise auch zu dem Gefühl der Bürokratisierung beitragen. Diese Möglichkeit sollte der Gesetzgeber den Akteuren unter den genannten Bedingungen offenlassen.

3. Einbeziehung kapitalmarktorientierter öffentlicher Förderbanken

Empfehlung:

Da es unter den deutschen öffentlichen Förderbanken auch zahlreiche kleine Institute gibt, die nicht am Kapitalmarkt aktiv sind, und vor allem öffentliche Mittel im Auftrag des Bundes und der Länder einsetzen, sollten **alle kapitalmarktorientierten Förderbanken zur Berichterstattung gemäß der CSRD verpflichtet werden.**

Hintergrund:

Die Transformation kann nur gemeinsam gelingen und mit dem gemeinsamen Verständnis, dass es Anstrengungen bei vielen Stakeholdern gibt und diese fair auf allen Schultern verteilt werden. Für öffentliche Förderbanken gibt es eine hohe Messlatte bei der Transparenz. Das Prinzip der Freiwilligkeit sollte demnach durch geeignete Standardisierungen ersetzt werden, um Förderbanken zu Vorreitern zu machen und zu zeigen, dass zusätzliche Berichtspflichten handhabbar sind, statt zunächst staatsnahe Unternehmen von Berichtspflichten zu befreien. Die CSRD-Datenpunkte sind zudem ein wertvolles Tool für die eigene Steuerung, welches auch von Förderbanken genutzt werden sollte. Ein Ausschluss der meisten öffentlichen Förderbanken würde ein falsches Signal an privatwirtschaftliche Akteure senden.

4. Anpassung des § 342q HGB zur Weiterentwicklung des Standardsetzungsprozesses

Empfehlung:

Eine **Änderung des § 342q des HGB** im Rahmen der CSRD Transposition wäre ein wichtiger Schritt, um den Standardsetzungsprozess in Deutschland entsprechend den heutigen Anforderungen zu optimieren und sicherzustellen, dass der mandatierte nationale Standardsetzer als Akteur ohne Interessenskonflikte agiert. Die Bundesregierung sollte daher die **Struktur und das Mandat des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) an neue Bedarfe anpassen**.

Hintergrund:

Der DRSC – Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V, ist vom BMJV beauftragt „das öffentliche, insbesondere auch das gesamtwirtschaftliche Interesse zu berücksichtigen“². Der DRSC selbst spricht jedoch in seiner Satzung nur vom „gesamtwirtschaftlichen Interesse“.³ Die Struktur und Governance des DRSC spiegeln nicht den Paradigmenwechsel wider, den die CSRD eingeführt hat, der auf einen Wandel vom „Shareholder- zum Stakeholder-Value“ abzielt: Unternehmen sind nun gefordert, auch gegenüber der Gesellschaft Rechenschaft abzulegen. Die CSRD hebt dabei zwei zentrale Nutzergruppen hervor, für die Nachhaltigkeitsinformationen wesentlich sind: Zum einen die *Investoren*, zum anderen die Akteure der *Zivilgesellschaft*, die darauf abzielen, Unternehmen stärker für ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in die Verantwortung zu nehmen. Die Zielsetzungen der CSRD reichen dabei weit über die bloße Information von Anlegern hinaus und umfassen unter anderem die Umsetzung des Green Deals, die Erreichung der Klimaneutralität in der EU bis 2050, Deutschlands bereits bis 2045, den Schutz der biologischen Vielfalt sowie einer sozial gerechten Transformation. Diese regulatorischen Ziele und Nutzergruppen sollten auch beim nationalen Standardsetzer Berücksichtigung finden, ohne den Fokus auf eine für den Mittelstand praktikable Umsetzung aus den Augen zu verlieren. Der DRSC wird diesen Anforderungen derzeit nicht in jeder Hinsicht gerecht.

Mit dem Regierungsentwurf aus dem Juli 2024 plante die Bundesregierung noch, zu „[...] prüfen, ob und inwiefern die Regelungen für ein Rechnungslegungsgremium mit Blick auf die Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung angepasst werden sollten, einschließlich möglicher gesetzlicher Änderungen. Neben Unternehmen der Real- und Finanzwirtschaft, Wirtschaftsprüfern sowie entsprechenden Verbänden sollen auch andere Interessierte, wie z.

² https://www.drsc.de/app/uploads/2017/03/111202_SV_BMJ-DRSC.pdf

³ https://www.drsc.de/app/uploads/2022/07/220701_DRSC_Satzung.pdf

B. zivilgesellschaftliche Organisationen, weitere Möglichkeiten erhalten, sich wirksam in Standardisierungsprozesse im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung einzubringen. Sofern sich aus der Prüfung ein Regelungsbedarf ergibt, wird das Prüfergebnis noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt. [...]“

Eine solche Prüfung ist im vorliegenden Referentenentwurf nicht mehr vorgesehen. Germanwatch sieht dies äußerst kritisch und hält es als erforderlich, entsprechende Anforderungen an einen Standardsetzer festzuhalten. Die Standardsetzung rund um die Nachhaltigkeitsberichterstattung bedarf Quoten für verschiedene Stakeholdergruppen. Sofern ein Mandat für die Nachhaltigkeitsberichterstattung an eine private Organisation vergeben wird, sollte eine Beteiligung der fachlich relevanten Ministerien sichergestellt und relevante Stakeholder von der Regierung benannt werden. Die ministeriellen Benennungen der Mitglieder wird bereits in anderen europäischen Mitgliedsstaaten für die nationalen Standardsetzer praktiziert, die u.a. ebenfalls ihren Mitgliedsstaat bei EFRAG vertreten.

Zumindest aber sollte der Prüfauftrag durch den parlamentarischen Prozess im CSRD-UG konkretisiert werden: a) er müsste festschreiben, welche fachlich betroffenen Ministerien in den Prüfauftrag eingebunden sein müssen; b) müsste eine Mandatierung am Ende des Prüfprozesses vornehmen. Wie das von Germanwatch und NABU in Auftrag gegebene Rechtsgutachten⁴ darlegt, ist „(...) das DRSC bezüglich der Nachhaltigkeitsberichterstattung derzeit insgesamt ohne entsprechendes Mandat (...)“ (siehe Seite 22).

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und begrüßen es, wenn unsere Empfehlungen in die weitere Ausgestaltung des Gesetzgebungsverfahrens einfließen.

Mit freundlichen Grüßen

Eva Kleemann

⁴ <https://www.germanwatch.org/de/90768>